

Vorstandsbrief Nr. 10

11. August 2017

Liebe Mitglieder,

Ferienzeit heißt „Ruhe im Karton“. Könnte man meinen. Ist aber nicht so. Seit letztem Wochenende haben viele (neue) Gesichter mit (wenig) neuen Aussagen auf Wahlplakaten und den Talkshow-Stammtischen die Lufthoheit übernommen.

Ein Blick in die letzten beiden Monitoring-Reports (Nr. 51 und 52) zeigt uns außerdem: mit ordentlich Wahlkampffieber steigt auch das Themen-Thermometer höher und höher. Zum Diesel-Skandal, zur Flüchtlingspolitik, zu überraschenden Neuwahlen in Niedersachsen. Politische Aufmerksamkeit zur E-Zigarette gibt es nur noch in homöopathischen Dosen – etwa im Zusammenhang mit dem immer noch in den Koalitions-Seilen hängenden Werbeverbot.

Wahlkampf auf Bundesebene hin oder her. Das Thema Gleichstellung von Tabak- und E-Zigarette schwelt auf landes- und europapolitischem Parkett und in Teilen der wissenschaftlichen Fachcommunity munter weiter. Eine Diskussion im Schatten des Bundestagswahlkampfes, die wir auch in den nächsten Monaten auf jeden Fall für unsere Branche kritisch weiter beobachten müssen.

Die Tatsache, dass die E-Zigarette aufgrund der anstehenden Wahlen bundespolitisch nicht gerade en vogue ist, war für uns ein Grund mehr, mal einen genaueren Blick in die Parteiprogramme zu werfen. Heißt: Aussagen zum Thema E-Zigarette oder andere für unsere Branche wichtige Politikfelder zu durchforsten. Ob wir fündig geworden sind und in welchen Programmen es vielleicht sogar explizite Statements zu unserem Produkt gibt, lest ihr in diesem Vorstandsbrief.

Weitere Tophemen, wie die seit längerem von uns eingeforderten

Weichenstellungen zur besseren Selbstregulierung unserer Branche plus einer ersten Einschätzung der Bundesanstalt für Risikobewertung (BfR) zu „Heated Tobacco“ findet ihr ebenso in diesem Brief.

Ihr seht: auch in den „Ferien“ rappelt es zur E-Zigarette ordentlich weiter.

1. Glaskugel oder Blick nach vorn – Auswertung der Parteiprogramme



Viel Text – wenig Inhalt. Das gilt sicher für fast jedes Parteiprogramm. Schon allein, um nicht das Risiko einzugehen, Stammwähler und Unentschlossene zu verprellen. Oder – in Regierungsverantwortung gekommen – sich politisch festnageln zu lassen. Große Erwartungen an die Programme in puncto E-Zigarette wären daher sicher politisch naiv. Ein Blick und eine kurze Einschätzung lohnt sich – wie sich zeigt – trotzdem. Fangen wir bei den kleineren Parteien an:

Bei der FDP zeigt sich schon mal: Ausnahmen bestätigen die Regel. Die Liberalen äußern sich – als einzige Partei – **konkret** und schon auf den „ersten Blick“ zur E-Zigarette. Im letzten Vorstandsbrief Nr. 9 berichteten wir schon über unseren Erfolg, die Liberalen bei der Programmgenese zu unserem Produkt zu sensibilisieren. Hier noch mal zur Erinnerung, wichtige Textpassagen aus dem Programm der Liberalen zur E-Zigarette: *„Eine gesetzliche Gleichbehandlung von E-Zigaretten und klassischen Tabak-Zigaretten sowie nikotinhaltiger und nikotinfreier Produkte ist unbegründet und verunsichert den Verbraucher....auf weitere deutsche Alleingänge bei der Regulierung muss verzichtet werden“... „...wir Freie Demokraten plädieren deshalb für einen liberalen Verbraucherschutz bei der E-Zigarette. Eine Regulierung mit Augenmaß muss die Bürger vor Risiken angemessen schützen, ihnen aber auch die Freiheit zur eigenen Entscheidung lassen.“*

Wir werden – wie schon im letzten Vorstandsbrief angekündigt – gerade bei einer möglichen Regierungsverantwortung – die Liberalen an diese Programm-Aussage regelmäßig erinnern.

Die LINKE benennt in ihrem thematischen Fahrplan für die Wahlen nicht explizit die E-Zigarette, äußert sich aber offen kritisch zur Tabak-Zigarette. Zitat: *„Werbung und Sponsoring für Tabak- und Alkoholprodukte in der Öffentlichkeit wollen wir*

verbieten. Wir wollen den Nichtraucherschutz weiter ausbauen“ ([Link](#)). Eine Aussage, die zumindest zwischen den Zeilen ein guter Anknüpfungspunkt für unsere politische Arbeit ist, wenn wir folgende Kernbotschaft gegenüber den Parlamentariern der LINKEN platzieren werden: die E-Zigarette ist nachweislich eine echte Alternative zur Tabak-Zigarette!

Und wie sieht es mit **den GRÜNEN** aus? Auf den ersten Blick nichts zu entdecken. Auf den zweiten Blick nur wenig. Zum Thema E-Zigarette, zum Thema Tabak: keine Aussagen. Lediglich Forderungen, gesundheitliche Risiken durch Schadstoffe in Produkten stärker zu vermeiden und einer Verschärfung der Transparenzpflicht bei Verbrauchsgütern zeigen mögliche Berührungspunkte zu unserem Produkt auf. Wie die Grünen sich also nach den Wahlen zu unserem Produkt weiter positionieren werden ist somit schwer zu sagen. Alles andere wäre politische Wahrsagerei. **Glaskugel-Erfahrungen** mit der Positionierung der Grünen zu unserem Produkt haben wir im Übrigen schon zu Genüge in der letzten Legislaturperiode gemacht.

Und die großen Regierungsparteien **SPD, CDU und CSU**? Man gibt sich verhalten. Weder Positives noch Negatives zu unserem Produkt oder gar zur Tabak-Zigarette zu finden. Zu den ebenso für uns wichtigen Punkten Wirtschafts-, Mittelstands- oder Start-up-Politik lohnt sich aber ein Lesen **zwischen den Zeilen**. Das gilt ebenso für die Aussagen der drei Parteien zum Bürokratieabbau. Zugegeben: die Befürwortung von Bürokratieabbau oder die Förderung des Mittelstands sind oft nicht mehr als „politische Watte“ – angenehm für alle, inhaltlich weich. Und trotzdem: die hier aufgestellten Forderungen aller drei großen Parteien sollten wir nach den Wahlen als Chance begreifen, hierzu eine politische Ausgestaltung auch für unsere Branche einzufordern.

Klar: Einiges aus den Programmen wird nach den Koalitionsverhandlungen und Koalitionsverträgen inhaltlich noch weiter weich- oder gar runtergespült. Ebenso klar ist aber auch: als Verband ist es unser Job, nach den Wahlen an der einen oder anderen politischen Schraube für unsere Interessen zu drehen. Dass sich das lohnen kann, hat unser erfolgreiches Engagement gegen das geplante Menthol-Verbot gezeigt.

Hier findet Ihr noch mal zum Nachlesen die aktuellen Programme der genannten Parteien zur Bundestagswahl:

CDU: www.cdu.de

CSU: www.csu.de

SPD: www.spd.de, www.martinschulz.de (Zukunftsplan)

FDP: www.fdp.de

Bündnis 90/Die Grünen: www.gruene.de

Die Linke: www.die-linke.de

2. Flaschenhals Bundesministerium – Selbstregulierung wird ausgebremst



Wie im letzten Vorstandsbrief berichtet, habe ich Mitte Mai für das BfTG die SPD-Bundestagsabgeordnete Ursula Schulte, Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion zur TPD 2, in Berlin getroffen, um notwendige Schritte zu einer besseren Selbstregulierung unserer Branche zu besprechen. Das Ziel: vom Gesetzgeber mehr Gestaltungsspielraum zur Eigenregulierung zu bekommen – etwa bei möglichen Verstößen und Wettbewerbsverzerrungen bei Produkt-Neueinführungen. Konkret geht es hier um die Erstellung und Pflege einer Datenbank, über die mehr Transparenz von Mitteilungspflichten nach dem Tabakerzeugnisgesetz erreicht werden soll. Genau diese Datenbank ist in Deutschland aber schlichtweg noch nicht funktionsfähig und verfügbar.

Frau Schulte hatte sich daraufhin auf unsere Bitte hin – wie berichtet – prompt zu dieser Frage an das federführende Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gewendet. Die Antwort des BMEL wurde mir vom Büro Schulte vor einigen Tagen zugeleitet. Eine Antwort, die leider wenig befriedigend ausfiel. Das BMEL konstatiert in seiner Antwort zum Sachverhalt, dass die Datenbank in Deutschland deswegen nicht nutzbar ist, weil eine notwendige abschließende Regelung durch die Europäische Kommission fehle. Aus unserer Sicht liegt der „Ball“ aber eher im Spielfeld der nationalen Regierungen und nicht bei der EU oder der EU-Kommission. Der Grund: EU-Mitgliedstaaten wie Litauen haben die Veröffentlichung solcher Daten schon längst umgesetzt (zu finden hier:[Link](#)). Wenn tatsächlich die EU-Kommission erst einmal die – wie es seitens der BMEL heißt – „technischen Voraussetzungen“ schaffen müsste, hätte Litauen diesen Schritt wie oben gezeigt schlichtweg nicht vornehmen können.

Warum deutsche Behörden nicht – analog zu Litauen – den Weg für eine Veröffentlichung der Daten freimachen können, bleibt auch nach der Antwort des BMEL weiter offen. Wie gesagt: an notwendigen Regulierungen seitens der EU kann es aus unserer Sicht nicht liegen. Vielmehr handelt es sich offensichtlich um ein nationales administratives Problem. Wir werden hier am Ball bleiben und beim BMEL noch mal vorstellig werden – bis wir ein zufriedenstellendes Ergebnis haben.

3. Unter die Lupe genommen – BfR untersucht „Heat not Burn“



Ob es uns gefällt oder nicht: „Heated Tobacco“ wird auf dem Zigarettenmarkt als „Alternative zur konventionellen Tabak-Zigarette“ eine immer stärkere und ernstzunehmende Größe. Bislang dominieren Herstellerstudien die Untersuchungen zu diesem Produkt – neutralere Studien sind Mangelware. Das hat auch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) erkannt und plant, noch in diesem Jahr eine Untersuchung über mögliche Risiken durch „Heated Tobacco“ zu starten.

Im Vorfeld hat sich das BfR aber schon mal die vorhandenen Studien zu Gemüte geführt ([Link zur Mitteilung](#)). Die Behörde kommt hier zum ersten Ergebnis, dass die Nutzung von „Heated Tobacco“ *„mit erheblichen gesundheitlichen Risiken verbunden“* ist. Für die Emissionen von THS (Tobacco Heating-Systeme) wurden laut BfR „mutagene Wirkungen“ dokumentiert. Wirkungen, so das BfR in einer ersten Prüfung weiter, die bei E-Zigaretten nicht nachweisbar sind. In einer der ersten unabhängigen Studien zu „Heated Tobacco“ haben Schweizer Wissenschaftler die Risikoreduzierung bei dieser Produktgruppe kritisch hinterfragt. Ihnen zufolge entsteht bei der Tabakerhitzung Rauch, der entsprechende Gesundheitsrisiken berge ([Link zur Studie](#)).

Im Herbst 2017 wird das BfR – so die Ankündigung – Heated-Tobacco-Produkte in puncto Emissionen genauer unter die Lupe nehmen. Wir werden euch über erste aktuelle Ergebnisse hierzu auf dem Laufenden halten.

Die oben genannten ersten Ergebnisse zeigen aber jetzt schon: die E-Zigarette ist Heated-Tobacco bei gesundheitspolitischen Potential überlegen. Genau diesen Punkt sollten wir auch immer wieder in der politischen und öffentlichen Diskussion selbstbewusst betonen. Wir können gar nicht oft genug eine scharfe Trennlinie nicht

nur zu Tabak, sondern auch zu „Heated Tobacco“ ziehen. Die Untersuchungen des BfR sind ein weiterer wichtiger Baustein hierfür.

4. Erfolge sichtbar machen – Intertabac 2017



Nach wie vor eine feste Größe – auch für unsere Branche: die InterTabac. 2017 findet die Messe vom 22.-24. September in der Westfalenhalle in Dortmund statt. Eine gute Gelegenheit für das BfTG, für unsere Ziele Flagge zu zeigen, unsere Positionen zu vertreten, erste Erfolge zu kommunizieren und neue Mitglieder zu werben.

An dieser Stelle daher der Aufruf an alle BfTG-Mitglieder, die auf der Messe vertreten sind, uns ein Zeichen zu geben. Wir würden euch gerne mit dem aktuellen Flyer des BfTG im Print-Format versorgen, die ihr dort für Interessenten an Euren Ständen auslegen könnt. Die InterTabac ist eine ausgezeichnete Plattform für uns, unsere Ziele und ersten politischen Erfolge bei potentiellen Neumitgliedern und bei Stakeholdern noch sichtbarer zu machen. Wir freuen uns über zahlreiche Rückmeldungen - info@bftg.org!

Vielen Dank für eure Unterstützung

Euer

Dustin Dahlmann - Vorsitzender